



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zur Situation in Preußen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Zur Situation in Preußen.

In Nr. 24 der Grenzboten war eine mögliche Stellvertretung des Königs von Preußen besprochen, die Ungefehrlichkeit einer solchen Eventualität hervorgehoben und dabei erwähnt, daß in den letzten Monaten, zumal während der Erkrankung des Königs, diese Frage die feudale Partei beschäftigt habe. Eine officiöse Berichtigung hat die Dreistigkeit, nach einem kurzen, ungenauen Referat unseres Artikels die Behauptung auszusprechen, daß „die ganze Sache“ eine Lüge der Fortschrittler sei. Der Mangel an Wahrhaftigkeit in den officiösen Berichtigungen, welche von Berlin ausgehen, ist gegenwärtig so groß, so notorisch und durch ganz Europa so verachtet, daß wohl keiner unserer Leser diesem plumpen Versuch, Thatsachen zu desavouiren und die Aufmerksamkeit von einer für das Ministerium unangenehmen Frage abzuführen, irgendwelchen Glauben geschenkt haben wird. Zum Ueberfluß sei hier versichert, daß der betreffende Artikel d. Bl. sehr vorsichtig und schonend nur die Wahrheit mitgeteilt hat. Jeder kann sich davon überzeugen, den nicht Widerwille abhält, die Rodomontaden und kühnen Speculationen der feudalen Presse seit Beginn dieses Frühjahrs nachträglich zu mustern.

Allerdings kann von einer Stellvertretung des Königs durch den Kronprinzen jetzt gar nicht mehr die Rede sein. Denn bereits läuft die erfreuliche Thatsache durch die Tagespresse, daß der Thronfolger Preußens gegen die octroyirte Verordnung vom 1. Juni seine Verwahrung eingelegt, sich offen für Recht und Gesetz ausgesprochen und seine Aemter dem König zur Disposition gestellt hat. Es ist ein frischer Luftzug in schwüler Atmosphäre. Noch sind in die Oeffentlichkeit nicht genug Einzelheiten gedrungen, um Bedeutung und Tragweite dieses folgenschweren Actes vollständig deutlich zu machen, aber schon jetzt ist deutlich, daß dem herrschenden System dadurch ein harter Schlag zugefügt worden ist und daß dieser Schritt des Prinzen möglicherweise die Chancen für ein gutes Ende der gegenwärtigen Krisis vermehrt.

Diese gute Aussicht beruht allerdings nicht darauf, daß dem gegenwärtigen Conflict zwischen Regierung und Volk die Spitze abgebrochen werde und daß das brennende Leiden des Staates sich in ein langes Siechthum verwandle. Auch wir sind innig überzeugt, daß ein Ministerium Bismarck gegenwärtig viel heilsamer für den Staat ist, als die vorsichtigeren Verwaltung des Herrn v. Manteuffel oder eine klügere Reaction des Herrn v. Goltz. Die entschlossene und ernste Haltung des Kronprinzen und allerlei Erwägungen, welche sich in den höchsten Kreisen an seinen Widerstand knüpften, mögen dazu beigetragen haben,

den Gedanken an weitere Oetroyirungen in den Hintergrund zu drücken. In der That sind dieselben unnöthig. Die Kunst, Gesetzesparagrafen zu interpretiren, ist so hoch gestiegen, daß die Regierung bei einer rücksichtslosen Anwendung dieser Fertigkeit sehr Vieles, was ihr wünschenswerth scheint, zu erreichen hoffen kann. Allerdings wird durch diese Art Mäßigung allein weder eine Verminderung des Zornes noch der Bewegung im Volke hervorgebracht werden.

Allein eine andere Gefahr, welche gegen das Ministerium des Herrn v. Bismarck heranzieht, könnte dadurch, daß sie die Stellung dieses rüstigen Staatsmannes unsicher macht, auch dem kräftigen Fortgang einer im Ganzen durchaus gesunden Bewegung in Preußen diejenige Größe und Festigkeit verringern, welche die Garantien für Heilung in sich schließt. Es ist kein Zweifel mehr, daß in Karlsbad eine Zusammenkunft zwischen den Majestäten von Preußen und von Oestreich stattfinden wird\*), und es ist nicht unmöglich, daß die ernstgemeinten Warnungen der östreichischen Staatsmänner das Vertrauen des Königs zu dem gegenwärtigen Ministerium erschüttern werden. Denn wie man in Oestreich über Herrn v. Bismarck denkt, wird jedem deutlich, der aus der Sprache der großen östreichischen Zeitungen die Inspirationen des geschickten Leiters der dortigen Preßangelegenheiten, also die Ueberzeugungen des Ministeriums Rechberg-Schmerling erkennt. Nun versteht sich von selbst, daß die Einwirkung der Oestreicher, wie wohlmeinend sie sei, keine gründliche Besserung der preußischen Zustände herbeiführen wird, möglicherweise aber eine kleine Schwenkung und das Eintreten neuer Bedenklichkeiten, welche wohl bis zu einem Personenwechsel führen können.

Wir halten es für zeitgemäß zu erklären, daß die liberale Partei zu viele Anrechte an Herrn v. Bismarck und seine Collegen gewonnen hat, als daß sie diese Gegner jetzt gern vom Schauplatz würde abtreten sehen. Sie sind uns, guten Preußen und warmen Patrioten, so wie sie sind, ganz recht. Denn sie geben uns die Bürgschaft eines vollständigen Sieges, eines Sieges der liberalen Partei, wie er nothwendig ist, um den preußischen Staat, und wir dürfen jetzt wieder mit einer gewissen Hoffnung sagen, um das Fürstengeschlecht der Hohenzollern für die deutsche Zukunft zu retten.

\*) Ueber Oestreich und über die Stellung Preußens und der Nationalpartei zu den östreichischen Plänen wird dieses Blatt in einem nächsten Artikel sprechen.